

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Sibylle Laurischk, Horst Friedrich (Bayreuth), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/6638 –**

### **Integrierte Planung für Schiene und Straße im Rheingraben – Gesamtverkehrskonzept Südbaden**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, in Abstimmung mit der Landesregierung Baden-Württemberg und dem Eisenbahnbundesamt sowie der Deutsche Bahn AG bestimmte Planungsmaßnahmen für die Ausbaustrecke Karlsruhe–Basel zu prüfen und dem Deutschen Bundestag zeitnah einen Bericht über den Planungsstand und die Vorstellungen der Bundesregierung zur Realisierung einer landschaftsgerechten Trassenführung und eines größtmöglichen Lärmschutzes für die Anwohnerschaft vorzulegen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/6638 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2008

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

**Dr. Klaus W. Lippold**  
Vorsitzender

**Georg Brunnhuber**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Georg Brunnhuber

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/6638** in seiner 123. Sitzung am 8. November 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, in Abstimmung mit der Landesregierung Baden-Württemberg und dem Eisenbahnbundesamt sowie der Deutsche Bahn AG (DB AG) bestimmte Planungsmaßnahmen für die Ausbaustrecke Karlsruhe–Basel zu prüfen und dem Deutschen Bundestag zeitnah einen Bericht über den Planungsstand und die Vorstellungen der Bundesregierung zur Realisierung einer landschaftsgerechten Trassenführung und eines größtmöglichen Lärmschutzes für die Anwohnerschaft vorzulegen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/6638 in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 16. Januar 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, bei den in dem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen gehe es um Mehrkosten von voraussichtlich mehr als 1 Mrd. Euro. Man sei aber noch nicht einmal in der Lage, das bisherige Konzept zu 100 Prozent finanziell darzustellen. Wenn man nun die Kosten nochmals um 1 Mrd. Euro erhöhe, gefährde dies das TEN-Projekt (TEN: transeuropäische Netze) Karlsruhe–Basel insgesamt. Entscheidend sei jedoch, dass das Planfeststellungsverfahren bereits laufe. Greife man in das Verfahren ein und bringe die

in dem Antrag geforderten Maßnahmen ein, werde das Planfeststellungsverfahren obsolet und es trete eine Verzögerung um fünf bis zehn Jahre ein. Der DB AG, welche Antragstellerin in dem Planfeststellungsverfahren sei, seien die Forderungen aus dem Antrag bekannt. Sie habe zugesichert, in dem Planfeststellungsverfahren Alternativen zu untersuchen.

Die **Fraktion der SPD** betonte die große Bedeutung des TEN-Projektes Karlsruhe–Basel. Sie wies darauf hin, dass man sich seinerzeit im Raumordnungsverfahren in der Raumschaft darauf verständigt habe, das Projekt auf der bestehenden Bahnlinie zu realisieren. Nun, nachdem alle Streckenabschnitte im Planfeststellungsverfahren seien, gebe es andere Vorstellungen. Diese müssten im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens erörtert werden, wo auch Alternativtrassen zu prüfen seien. Es könne aber nicht sein, dass der Deutsche Bundestag in ein laufendes Planfeststellungsverfahren eingreife. Zudem müsse man berücksichtigen, dass es auch bei einer Änderung der Planungen neue Betroffenheiten geben werde. Man solle gemeinsam mit dem Land prüfen, wie man an der bestehenden Strecke Verbesserungen erreichen könne.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die von ihr geforderte Bündelung von Verkehrswegen sei bereits in der Vergangenheit von verschiedenen Bundesregierungen angewandt worden, um die von Verkehrswegen für die Anwohner ausgehenden Belastungen zu minimieren. Es lasse sich gegenüber den Anwohnern nicht begründen, weshalb man hier die Kosten nicht tragen wolle. Der Hinweis auf den zusätzlichen Zeitbedarf für eine Neuplanung sei nicht überzeugend, da bei einer Fortführung der laufenden Planungen durch die Gerichte entschieden werde, was voraussichtlich noch mehr Zeit in Anspruch nehme. Man solle sich daher mit den Betroffenen noch einmal zusammensetzen, deren Forderungen bislang allesamt abgelehnt worden seien.

Die **Fraktion Die LINKE.** erklärte, sie unterstütze den Antrag der Fraktion der FDP. Jeder, der einmal in der Nähe einer Eisenbahnstrecke gewohnt habe, wisse, wie groß die davon ausgehende Belastung für Menschen im Umfeld sei. Es sei niemandem damit gedient, wenn man Menschen gegen das System Schiene aufbringe, weil man sie Belastungen aussetze, die jeder für sein privates Umfeld ablehnen würde. Die Belastung im Oberrheingraben sei bereits jetzt sehr hoch. Wenn man über den Neu- und Ausbau von Schienenwegen nachdenke, müsse man dem Rechnung tragen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, der Antrag der Fraktion der FDP greife die Forderungen vieler Kommunen und Bürgerinitiativen auf. Man müsse auf die Einwände in erheblichem Umfang eingehen. Es ergebe sich kein Zeitgewinn, wenn man an den bisherigen Planungen festhalte, denn es sei damit zu rechnen, dass die betroffenen Kommunen auch rechtlich dagegen vorgehen würden. Durch falsche Schwerpunktsetzungen bei der Mittelverteilung sei die Finanzierung des Projektes ohnehin nicht gesichert. Wenn man sehe, dass der eingeschlagene Weg nicht gangbar sei, müsse man das Planfeststellungsverfahren abbrechen und von vorne beginnen, zumal sich Konsenslösungen an-

deuteten. Man unterstütze daher den Antrag der Fraktion der FDP, auch wenn man nicht mit jedem Punkt übereinstimme.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/6638 abzulehnen.

Berlin, den 16. Januar 2008

**Georg Brunnhuber**  
Berichtersteller